

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine Damen und Herren,

Ganz am Anfang möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Jörg Baldauf, Leiter des Bereichs Finanzen bedanken. Herr Baldauf hat uns im Rahmen unserer Fraktionsklausur zum Haushalt 2020 bei unseren Fragen zur Materie ganz hervorragend unterstützt und uns gezeigt, dass er souverän sein Metier beherrscht.

Im Rahmen unserer Analyse haben wir uns neben den wesentlichen Positionen des Ergebnishaushaltes auch mit der **Verschuldung der Stadt** befasst.

Hier ist ein sehr unterschiedlicher Verlauf festzustellen.

So hat sich die Höhe der Verbindlichkeiten aus den Kassenkrediten von 15,24 Mio. Euro in 2012 auf 3 Mio. Euro reduziert. Dieser Betrag muss in dieser Höhe verbleiben, um der Stadt die notwendige kurzfristige Kreditlinie für den Ergebnishaushalt zu sichern. Hier hat die Stadt auf Initiative des Bürgermeisters eine sehr starke Unterstützung durch das Land Hessen erfahren. Mit Hilfe der Landesprogramme des kommunalen Schutzschirms und der Hessenkasse wurden die städtischen Finanzen von einem großen Teil dieser teuren Kredite befreit.

Allerdings um den Preis von jährlich rund 300 Euro Aufwandsbeitrag der Stadt an das Land für die Finanzierungskosten.

Der Blick auf die **Verbindlichkeiten aus der Investitionstätigkeit** der Stadt sowie des Eigenbetriebs Stadtwerke, ergibt sich leider an anderes Bild. Deren Höhe steigt schon seit Jahrzehnten kontinuierlich an, sollen Ende 2020 rund 27 Mio. Euro betragen. Hinzu kommen noch 20 Mio. Euro Verbindlichkeiten der städtischen Eigenbetriebe. Denen stehen zwar auch entsprechende Vermögenswerte gegenüber. Ein weiterer Anstieg kann aber auf keinen Fall akzeptiert werden.

Sicher ist dieser Schuldenberg kein Ergebnis unbedachten Handelns. Es wurde schon im Großem und Ganzen schon immer in das investiert, was die Stadt mit und ihren Bürger wirklich braucht.

Die Bürgerhäuser und Kindergärten sind in einem guten Zustand. Die Feuerwehr hat die Gerätehäuser, Fahrzeuge und Ausrüstungen, die sie für die Wahrnehmung ihrer unverzichtbaren Aufgaben benötigt. Auch Einrichtungen wie das Kulturzentrum oder und Freibad sind in Hungen nicht wegzudenken.

Der wesentliche Grund der für die nach wie angespannte Haushaltslage ist die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Insbesondere die Stadt Hungen mit der Kernstadt und ihren 11 Ortsteilen, passt, eher im ländlichem Raum gelegen, aktuell in kein Raster eines auskömmlichen kommunalen Finanzausgleichs, der die Kassen der Bürger schont und einen weiteren Schuldenaufbau abwendet.

Ansagen, konzentriert doch einfach Euer kommunales Angebot und reduziert die Anzahl der Bürgerhäuser von 12 auf 3 oder 4, helfen da nicht wirklich. Dies würde das soziale Leben gerade auf den Ortsteilen weiter erschweren und den Menschen hier vor Ort, nicht die Wertschätzung entgegen

bringen, die sie verdient haben. Mehr noch, es würde das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Parteien weiter unterminieren und den Rechten Gruppierungen neuen Auftrieb geben.

Wir können daher aus gutem Grund gegenüber dem Land eine bessere Finanzausstattung einfordern, da bin ich ganz bei meinen Fraktionskollegen. Leider scheiterten solche Vorstöße nur zu häufig an der parteiübergreifenden Lobby der Vertreter der großen Zentren und ihrer Umlandgemeinden, die von ihrem großen Stück Kuchen nichts abgeben wollen.

Verbleibt als Plan B daher leider nur die Option, das Beste aus den Möglichkeiten zu machen, die uns hier vor Ort zur Verfügung stehen.

Mit der der Abschaffung der Straßenbeiträge letzten im September letzten Jahres hat man leider das Gegenteil erreicht. Diese reist eine Lücke im städtischen Haushalt von jährlich 200.000 bis 300.000 Euro und ist aktuell ein nicht unwesentlicher Treiber für die Erhöhung der Hebesätze in dem jetzt geplanten Umfang.

Besonders ärgerlich ist der geplante Anstieg der Hebesätze für die Gewerbesteuer auf 440 %. Die Stadt Hungen wird damit zum Spitzenreiter im Kreis Gießen im Ranking der Höhe der Gewerbesteuer. Ein völlig falsches Signal, gerade für Unternehmen, die eine Ansiedlung in Hungen erwägen oder hier am bestehenden Standort wachsen wollen.

Die Hoffnung auf eine Entspannung der finanziellen Lage der Stadt im nächsten Jahr und einer dann folgenden Absenkung der Hebesätze, wie von den Fraktionen der FWG, CDU und SPD erhofft, teilen wir nicht.

Mögliche höhere Einnahme aus der Einkommenssteuer sowie der erwartete Anstieg der Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden höhere Ausgaben an anderer Stelle entgegenstehen.

Die Entscheidung zur Abschaffung der Straßenbeiträge blendet zudem die Notwendigkeit, den ständig steigenden Schuldenanstieg durch Überschüsse aus dem laufenden Haushalt zu begrenzen, völlig aus.

Weiterhin birgt die geplante Verlagerung eines großen Teils des Rewe- Standortes nach Berstadt eine weiteres hohes finanzielles Risiko.

Es muss also von den verantwortlichen Akteuren der Stadt dringend gegen gesteuert werden, um das jetzige Niveau der Höhe der Hebesätze wenigstens zu begrenzen, insbesondere durch Einsparungen innerhalb der städtischen Verwaltung.

Ein langer Hebel kann hier die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden durch die Zusammenlegung der Funktionen im Bereich der Finanzen, Beitragserhebung, IT, Bürgerdienste und Personalmanagement sein. Um das Dienstleistungsangebot für den Bürger weiter zu verbessern und ggf. auch um Personalkosten zu sparen, sind weiterhin alle Fortschritte in der Digitalisierung zu nutzen.

Dazu braucht es auch einen gut aufgestellten IT- Bereich, der durch eine stärkere kommunale Zusammenarbeit noch schlagkräftiger aufgestellt werden könnte.

Die Mitarbeiter müssen sich bei alledem keine Sorgen machen. Auf motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - und ebensolche arbeiten ausnahmslos in den städtischen Einrichtungen - ist man auch in Zukunft dringend angewiesen.

Die Zusammenarbeit bei den Feuerwehren muss insbesondere innerhalb der einzelnen Schutzbereiche weiter voran gebracht werden.

Durch einen weiteren Ausbau der Photovoltaik innerhalb der Stadtwerke sind die Energiekosten der Stadt abzusenken.

Die Umsetzung solcher Maßnahmen erachten wir als dringend notwendig, um die weitere Belastungen der Bürger und Unternehmen abzuwenden und einen weiteren Schuldenbauaufbau zu begrenzen.

Den Handlungsspielraum der hier gewonnen werden kann, wird dringend benötigt, um Hungen als attraktiven Standort zum Wohnen und Arbeiten weiter zu stärken.

Ein wichtiger Baustein für eine gute Entwicklung Hungen ist die Reaktivierung der Horlofftalbahn. Die Wiedereröffnung dieser für die Großgemeinde so wichtigen Verbindung wird für den für den Dezember 2025 angestrebt, mit Direktverbindungen nach Frankfurt, einem der wirtschaftsstärksten Zentren Europas, einer der größten Finanz- und Dienstleistungsmetropolen Europas.

Hiervon wird Hungen durch verstärkten Zuzug sicher profitieren. Das wird die Kaufkraft erhöhen zum Nutzen des Einzelhandels der Gastronomie und vieler Gewerbetreibender. Es wird der Schulstandort der Gesamtschule stärken und zum Erhalt der Oberstufe, ganz wichtig für Hungen, beitragen. Auch viele Vereine werden hier Rückenwind spüren.

Die Kehrseite der Medaille ist die Gefahr von Zersiedlung und Flächenverbrauch zu Lasten von Natur und Landwirtschaft. Das kann viel von dem kaputt machen, was viele Menschen an dem Leben in Hungen und seinen Ortsteilen so schätzen, eine intakte Natur und in großen Teilen herrlicher unzersiedelte Landschaft mit guten Voraussetzungen für die heimische Landwirtschaft.

Wir begrüßen daher die aktuell vor der Realisierung stehenden städtebaulichen Entwicklungsprojekte Stadtumbau und Hungen- West in der Kernstadt. Diese durch das Land geförderten Maßnahmen sollen und können die Ansprüche zur Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten und flächenschonender Stadtentwicklung unter einem Hut zu bringen. Wichtig dabei ist eine rechtzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung, was auch in Zukunft bei viele größeren Projekten der Stadt erfolgen muss.

Dies gilt auch für die vorgesehene Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Hier erhoffen wir uns u.a. ein zukunftsfähiges Siedungskonzept für die Kernstadt und die Ortsteile, das allen Anforderungen an einen effektiven Natur- und Klimaschutz Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren,

Trotz der ausdrücklichen Unterstützung der allermeisten Ansätze dieses Haushaltes werden wir diesen aufgrund der von uns vorgetragenen Kritik an der Abschaffung der Straßenbeiträge und unserer Erläuterungen zu den negativen Folgewirkungen nicht mittragen und uns stattdessen der Stimme enthalten.

Dies hält uns jedoch nicht davon ab, dem Bürgermeister, dem Magistrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung dieses Entwurfes ausdrücklich danken.

Wolfgang Macht

Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktionsvorsitzender